

Koalitionsvertrag – was genau plant Schwarz-Grün?

Der Deal zum Verbot von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ist ein Skandal!

CDU und Grüne haben einen augenscheinlich kopf- und planlosen Koalitionsvertrag vorgelegt, der Energiewende und Akzeptanz gleichermaßen gegen die Wand fährt.

Vernunftkraft Schleswig-Holstein kritisiert insbesondere die Pläne für einen weiteren Ausbau der Windkraft an Land und weist darauf hin, dass auch eine Anhebung der zu installierenden Leistung nichts zur sicheren Energieversorgung des Landes oder zur geplanten Klimaneutralität beiträgt. Das geplante System ist nicht grundlasttauglich, für Klima- und Naturschutz wird nichts erreicht.

Die Landesregierung hat nach wie vor keine Vorstellung davon, wieviel Speicherkapazität für eine zuverlässige Energieversorgung und die angekündigte Klimaneutralität gebraucht wird.

„Wir fragen uns, ob sich die verhandelnden Politiker bei den Absichtserklärungen zum Erreichen der Energiewende von Fachleuten oder wieder einmal nur von politischen Fachfreunden – den Windkraft-Lobbyisten – beraten ließen.“, erklärt Dr. Susanne Kirchhof, Vorsitzende von Vernunftkraft Schleswig-Holstein.

Während die technischen Unzulänglichkeiten der Energiepolitik des Landes bereits bekannt und von Vernunftkraft Schleswig-Holstein seit Jahren thematisiert worden sind, ist der Deal zur Beschneidung von basisdemokratischer Mitgestaltung ein neuer Skandal.¹

Mit der beabsichtigten Abschaffung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden will sich die Landesregierung ermächtigen, ein Durchregieren nach eigener Definition zu praktizieren, und gleichzeitig basisdemokratische Abstimmungen zu verhindern.

Die gewünschte Akzeptanz wird nicht durch die gleichzeitige Einschränkung von Mitbestimmung und Mitgestaltung erreicht. Auch nicht durch einen von der Landesregierung selbst zusammengestellten Transformationsrat, der ganz offensichtlich nur zur Legitimation von Regierungsentscheidungen dienen und jegliche Kritik fernhalten soll.²

Weitere Selbstherrlichkeiten sind bei der angekündigten Anpassung der Ausschlusskriterien für Windkraftanlagen oder den nicht näher definierten Abstandsregelungen zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern zu erwarten.

Vernunftkraft Schleswig-Holstein fordert die künftige Landesregierung auf, von autoritärem Durchregieren über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg Abstand zu nehmen. Bürgerentscheide als wichtiges demokratisches Element dürfen nicht eingeschränkt werden.

¹Koalitionsvertrag Ideen verbinden – Chancen nutzen vom 22.06.2022, S. 83, 2857 „Generalklausel“

²Koalitionsvertrag Ideen verbinden – Chancen nutzen vom 22.06.2022, S. 152, 5209 „Klima- & Transformationsrat“